



## Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Die Situation ist noch nicht dramatisch. Dennoch ist es Tatsache, dass auch in Südtirol ein immer größerer Teil der Bevölkerung Schwierigkeiten damit hat, ein Leben ohne Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung zu führen. Besonders Besorgnis erregend sind die Hinweise, die man aus den Statistiken betreffend das soziale Mindesteinkommen ableiten kann: Fanden sich unter den Empfängern des sozialen Mindesteinkommens bis vor wenigen Jahren noch vorwiegend „soziale Randgruppen“, so treten dort heute vermehrt auch „normal“ Erwerbstätige auf. Will heißen, Erwerbstätigkeit alleine reicht heute unter Umständen nicht mehr aus, um sich das Notwendige zum Leben zu finanzieren. Wie also eingreifen? Zwei Interventionsmöglichkeiten bieten sich in diesem Zusammenhang an: entweder be-

reits in der Lohnbildung oder über das Umverteilungssystem. Der Weg über die Lohnbildung führt über gesetzliche Mindestlöhne, Mindeststunden-Sätze oder kollektivvertraglich festgelegte Lohnuntergrenzen, die dazu führen, dass das Einkommen zum Auskommen reicht. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist für Italien vor dem Hintergrund der nationalen Gesetzgebung, kurzfristig unrealistisch. In Italien ist die Festsetzung von Lohnuntergrenzen der sozialen Verantwortung der Vertragspartner überlassen. Mindestlohn-Gegner argumentieren stets mit

## Das Minimum als Thema

*Ein steigender Teil an Mitbürgern tut sich schwer, finanziell über die Runden zu kommen. Sind ein gesetzlich festgelegter **Mindestlohn** oder ein Ausbau der **Mindestsicherung** realistische Interventionsmöglichkeiten?*

Lohnkosten-Nachteilen gegenüber Mitbewerbern, schwindender Wettbewerbsfähigkeit und Entlassungsrisiken. Nichtsdestotrotz ist es interessant, diese Mindestlohnmodelle zu verfolgen, zumal sich auch Ministerpräsident Renzi in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an funktionierenden Modellen in Mittel- und Nordeuropa orientiert. Der zweite Weg führt über die Umverteilung. Hier hinein fallen Modelle, die eine Grund- oder Mindestsicherung gewährleisten sollen. Und auch hier muss differenziert werden zwischen universelle und an den Bedarf gekoppelte Lösungen. Die Befürworter dieser Systeme sehen darin einen Weg, allen Beteiligten der Gesell-

schaft ein würdiges Auskommen zu gewährleisten. Kritiker werfen ein, dass die erhaltenen Beträge von der Leistung entkoppelt sind und fürchten ein Ausufernd der Sozialleistungen. Wie dem auch sei, die Notwendigkeit sich diesen Themen zu stellen, ist gegeben. Die Diskussion muss verantwortungsvoll und auf hohem Niveau von den Sozialpartnern geführt werden, wenn man vernünftige Lösungen für die Südtiroler Realität entwickeln will. Das AFI wird jedenfalls seinen Teil dazu beitragen. Am 6. Juni findet eine hochkarätig besetzte Tagung statt, Thema „Mindestlohn und Mindestsicherung: Welche Perspektiven für Südtirol“.